

Keine Mehrheit für höhere Gebühren

Kornwestheim Die Kindergartenbeiträge werden wohl nicht angehoben. Von Werner Waldner

Das letzte Wort hat zwar der Gemeinderat am 16. Dezember. Aber ihm hat der Verwaltungs- und Finanzausschuss gestern Abend mit breiter Mehrheit empfohlen, von einer Erhöhung der Kindergartengebühren abzusehen. Die Stadträte von SPD, Freien Wählern, Andreas Schantz (FDP), Friedhelm Hoffmann (Die Linke) und Sven Waldenmaier (CDU) haben gegen die Anhebung votiert.

Eigentlich gehören die Kindergartengebühren ja ganz abgeschafft, argumentierte Prof. Walter Habenicht, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Das allerdings könne sich Kornwestheim derzeit nicht leisten. Aber ein Zeichen setzen solle der Gemeinderat gleichwohl - um die Eltern nicht über Gebühr zu belasten und um gegenüber dem Land zu demonstrieren, dass es Kornwestheim mit der Gebührenfreiheit ernst meine. Das Aufziehen von Kindern, so Habenicht, verursache ohnehin einen erheblichen finanziellen Aufwand, da sollte nicht auch noch für den Kindergarten gezahlt werden.

"Bildung sollte im Idealfall bis zum Abschluss der ersten Ausbildung nichts kosten", sagte Gabi Walker (Freie Wähler). Kornwestheim könne es sich problemlos leisten, die Gebühren jetzt nicht zu erhöhen. Es gehe um einen Betrag von rund 50 000 Euro. Da sei die Entscheidung keine Frage des Geldes, sondern der politischen Ziele.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Ohnesorg gehörte zu den Befürwortern der Gebührenerhöhung, wie sie von der Stadtverwaltung vorgeschlagen worden war. Die Eltern nähmen eine Leistung in Anspruch, die auch entsprechend entlohnt werden müsse. Ohnesorg räumte aber ein, dass eigentlich Bund und Land für Mehrkosten aufkommen müssten, die Städten und Gemeinden durch den höheren Aufwand - sie müssen unter anderem mehr Plätze in Kindergärten zur Verfügung stellen - entstünden. "Wer bestellt, zahlt auch."

Bürgermeister Dietmar Allgaier hatte die Stadträte - vergebens, wie sich zeigte - gebeten, pro Gebührenanhebung zu stimmen. Die Anpassung an die Landesrichtsätze sei zwingend notwendig, um die Qualität halten zu können. Er erinnerte auch daran, dass die Stadt den Kirchengemeinden, die sich bei ihren Kindergartengebühren an der Stadt orientieren, die ausfallenden Beträge erstatten muss.

03.12.2010 - aktualisiert: 03.12.2010 06:02 Uhr